

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Februar 2019

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

das politische Berlin diskutiert über die Profilschärfungen der Parteien der Koalition. Das hat sowohl die Union mit ihren Beschlüssen zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie dem Werkstattgespräch zur Migrationspolitik gemacht, wie auch die SPD mit dem Vorschlag zum Umbau des Sozialstaats. Anders als die SPD wollen wir als Union aber lieber die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft verbessern, damit auch in Zukunft Wohlstand erst erarbeitet wird. Nichtsdestotrotz begrüße ich, dass Minister Heil es nun geschafft hat, einen ersten Vorschlag vorzulegen. Allerdings besteht für uns keine Aussicht auf Realisierung ohne eine Bedürftigkeitsprüfung. Denn nicht jeder, dessen gesetzliche Rente gering ist, bedarf einer Grundrente. Der Alterssicherungsbericht der Bundesregierung zeigt eindrucksvoll, dass gerade die Menschen mit einer sehr geringen gesetzlichen Rente über ein enormes Haushaltseinkommen verfügen. Als CDU/CSU wollen wir aber denen helfen, die unsere Hilfe wirklich benötigen. Alles andere wäre kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuermitteln. Bis uns der erste Gesetzentwurf zur Grundrente vorliegen wird, werden also noch einige Wochen vergehen.

Als Außenpolitiker meiner Fraktion schaue ich zum Ende der Woche vor allem auf die Münchner Sicherheitskonferenz. Angesichts des dauerhaften russischen Verstoßes gegen den INF-Abrüstungsvertrag und den damit verbundenen Ausstieg der USA gerät die internationale Ordnung weiter unter Druck. Speziell die NATO und EU brauchen daher dringend eine strategischere und vor allem einstimmige Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber internationalen Aggressoren wie Iran, China und Russland, aber auch gegenüber befreundeten Staaten in Afrika und Südostasien, die auf einen stärkeren Einfluss Europas als Alternative zur chinesischen Expansionspolitik hoffen. Wir dürfen dem



nicht gleichgültig gegenüberstehen und diese Staaten nicht allein lassen.

Parlamentarisch wichtig war vor allem das Einbringen des Starke-Familien-Gesetzentwurfes für die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe. Zudem konnte in abschließender Beratung der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende verabschiedet werden.

In meinem Brief aus Berlin widme ich in dieser Woche der ausgerufenen Dekade gegen Krebs und der Strategie Künstliche Intelligenz der Bundesregierung sowie den Berichten zum Wohnen in Deutschland. Außerdem in dieser Sitzungswoche wieder mit dabei: Die Rubrik Zahlen und Fakten.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Nationale Dekade gegen Krebs • Berichte der Bundesregierung zum Wohnen in Deutschland • Strategie Künstliche Intelligenz • Zahlen und Fakten

Forschung:

Nationale Dekade gegen Krebs

Am 29. Januar 2019 hat die Bundesforschungsministerin Karliczek gemeinsam mit weiteren Partnern die **Nationale Dekade gegen Krebs** ausgerufen.

Zehn Jahre lang werden alle Kräfte mobilisiert, um Krebs besser zu verstehen, um Krebs zu verhindern und um Krebs zu heilen. Dafür wird ein enges Netzwerk geflochten. Forschung, Ärztinnen und Ärzte, Pflegende, Stiftungen, Patientinnen und Patienten, Gesundheitswirtschaft – wir rufen alle gesellschaftlichen Gruppen dazu auf, sich an der Dekade zu beteiligen. Bereits jetzt bringen sich neben dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) unter anderem die Stiftung Deutsche Krebshilfe, die Felix-Burda-Stiftung, das Deutsche Krebsforschungszentrum, medizinische Fachgesellschaften wie die Deutsche Krebsgesellschaft, Verbände von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Krankenkassen, forschende Industrieunternehmen und die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe mit eigenen Beiträgen ein.

Zu Beginn der Dekade stehen folgende Themen im Vordergrund:

Große ungelöste Fragen der Krebsforschung

Was sind die drängendsten Fragen, an denen gearbeitet werden muss? Wo gibt es die höchsten Chancen, Durchbrüche zu erreichen? Welche Forschungsschwerpunkte versprechen den Menschen den größten Nutzen? Dies zu beantworten, ist die erste Forschungsaufgabe, damit wir gezielt erfolgsversprechende Projekte fördern können.

Prävention

Fast ein Drittel aller Neuerkrankungen im Jahr könnte mit einer gesünderen Lebensführung verhindert werden. Deswegen werden wir die Prävention verbessern. Dabei geht es einerseits darum, neue Maßnahmen zu entwickeln und bestehende besser zu implementieren und andererseits darum, das Bewusstsein dafür zu steigern, dass jeder selbst etwas tun kann, um sein Risiko zu senken, an Krebs zu erkranken.

Wissen generieren durch Vernetzung von Forschung und Versorgung

Forschungsergebnisse und neue Therapiemöglichkeiten schneller zu den Patientinnen und Patienten überall im Land zu bringen, ist ein wesentliches Ziel der Dekade. Es geht darum, die Schnittstelle zwischen Spitzenforschung und Versorgung zu schließen. Deswegen möchten wir neben Heidelberg und Dresden weitere Standorte des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen errichten.

Mit der Dekade gegen Krebs etablieren wir eine neue Forschungskultur – wir werden Patientinnen und Patienten aktiv in den Forschungsprozess einbeziehen.

Wer in Deutschland an Krebs erkrankt, der soll wissen, dass er in keinem anderen Land der Welt bessere Heilungschancen hätte; dass es in keinem Land der Welt bessere Therapiemöglichkeiten oder eine bessere und umfassendere Pflege gibt. Dieses Ziel wollen wir in zehn Jahren erreichen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.dekade-gegen-krebs.de. ■

Berichte der Bundesregierung:

Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sowie Wohngeld- und Mietenbericht

Im Berichtszeitraum 2014-16 hat sich die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten in einer Reihe von Städten und Regionen verschärft. Vor allem in den größten deutschen Städten und vielen Universitätsstädten sind aufgrund regen Zuzugs Wohnungsmarktengpässe mit steigenden Mieten und Preisen zu verzeichnen. Bundesweit stiegen die Angebotsmieten von 2014 bis 2016 spürbar um insgesamt 8,3 Prozent. Im Jahr 2015 entlastete die öffentliche Hand mit Wohngeld und der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung rund 4,2 Mio. Haushalte mit 16,8 Mrd. Euro wirkungsvoll bei den Wohnkosten. Damit profitierten 11 Prozent aller Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten. Nicht zuletzt in Folge des hohen Engagements der Wohnungspolitik hat der Markt in den letzten Jahren auch auf die hohe Nachfrage nach Wohnraum mit einer deutlich gestiegenen Neubauaktivität reagiert. Die Bundesregierung hat ihrerseits eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren oder die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Einige Maßnahmen sind bereits umgesetzt wie etwa das Baukindergeld. ■

Bundesregierung:

Strategie Künstliche Intelligenz

Mit der neuen Strategie der Bundesregierung zur Förderung der künstlichen Intelligenz in Deutschland und damit zugleich zur Sicherung des Wettbewerbsstandorts sollen bis 2025 Mittel in Höhe von 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden. Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel soll eine Hebelwirkung vor allem in Wirtschaft und Wissenschaft und den Ländern ausgelöst werden. Deutschland soll zu einem führenden Standort in der künstlichen Intelligenz ausgebaut werden. So sollen beispielsweise 100 neue KI-Professuren sowie ein deutsch-französisches Forschungs- und Innovationsnetzwerk errichtet werden. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Zahlen und Fakten I:

Exporte auf Rekordniveau

Deutschland hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1.317,9 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 1.090 Milliarden Euro importiert. Die deutschen Exporte im Jahr 2018 übertrafen die Vorjahresexporte somit um 3,0 %, die Importe stiegen um 5,7 %. Exporte und Importe übertrafen im Jahr 2018 die bisherigen Höchstwerte aus dem Jahr 2017. In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im Jahr 2018 Waren im Wert von 778,7 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 623,0 Milliarden Euro von dort importiert. In Drittländern, d.h. Länder außerhalb der EU, wurden im Jahr 2018 Waren im Wert von 539,2 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 467,0 Milliarden Euro aus diesen Ländern importiert. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■

Zahlen und Fakten II:

Urlaub in Deutschland immer beliebter

Im Jahr 2018 gab es in den Beherbergungsbetrieben in Deutschland 477,6 Millionen Übernachtungen in- und ausländischer Gäste. Nach Auswertung vorläufiger Zahlen entspricht dies einem Plus von 4 % gegenüber dem Vorjahr. Damit stiegen die Übernachtungszahlen zum neunten Mal in Folge und erreichten einen neuen Rekordwert. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erhöhte sich 2018 im Vergleich zum Jahr 2017 um 5 % auf 87,7 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland stieg um 4 % auf 389,9 Millionen. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■

Zahlen und Fakten III:

28 Jahre Visegrád-Gruppe

Am 15. Februar 1991 wurde im ungarischen Visegrád zwischen den damaligen Gründerstaaten Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei ein Freihandelsabkommen geschlossen, um nach dem Ende des Kalten Krieges gemeinsame Probleme möglichst kooperativ zu lösen. Die nicht-formalisierte Zusammenarbeit der „V4“, seit 1992 mit Tschechien und der Slowakei als souveränen Staaten, besteht bis heute und besteht im Kern aus verstärktem Informationsaustausch und der Koordination politischer Positionen. (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung) ■